

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 1. Februar 2011

Nr. 2011/241

**Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes  
Schreiben an die Staatspolitischen Kommissionen, Bern**

---

### **1. Erwägungen**

Die Staatskanzlei unterbreitet das Schreiben an die Staatspolitischen Kommissionen betreffend den Vorentwurf zur Ergänzung von Artikel 6 des Bundesstatistikgesetzes aufgrund der parlamentarische Initiative „Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes“ zur Beratung und Beschlussfassung.

### **2. Beschluss**

Das Schreiben an die Staatspolitischen Kommissionen betreffend den Vorentwurf zur Ergänzung von Artikel 6 des Bundesstatistikgesetzes aufgrund der parlamentarische Initiative „Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes“ wird beschlossen.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

### **Beilagen**

Schreiben an die Staatspolitischen Kommissionen vom 1. Februar 2011

### **Verteiler**

Finanzdepartement  
Staatskanzlei  
Information und Datenschutz  
Ratsleitung (8)  
Medien (jae)